

# Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

## Verlängerung des Kohlenhandels.

Die Vertreter der Ruhrzechen, die am Sonntag in Linn zu der Besprechung des neuen Industrie-Abkommens versammelt waren, haben sich u. a. auch über die Frage der Verlängerung des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels unterhalten. Mit ziemlicher Bestimmtheit ist anzunehmen, daß das Kohlenhandelsabkommen verlängert wird. Allerdings werde der Syndikatvertrag verschiedene Änderungen erfahren müssen. Meinungsverschiedenheiten beständen vor allem in Bezug auf die künftige Behandlung der Kohlenhandelsgesellschaft. In diesem Punkte werde der Vertrag voraussichtlich eine grundlegende Änderung erfahren.

## Kardinal Faulhaber über Katholikenfeindschaft.

Der durch sein öffentliches Auftreten sehr bekannte Münchener Kardinal Faulhaber sprach sich bei einer Kircheneinweihung über die angebliche Feindseligkeit gegen Katholiken aus, die sich nach mehrfachen Behauptungen in letzter Zeit in Bayern zeigen soll. Der Kardinal sagte dabei u. a.: „In den letzten Wochen sind auf euren Bischof Verleumdungen und Verleumdungen geworden worden. Noch niemals ist eine solche Flugschrift dagewesen. In der Zeit der Kaiserrepublik bin ich oft mehrmals am Tage an Notgardisten vorbeigegangen, dabei aber niemals in solcher Art angepöbelt worden wie zuletzt auf meinen Wegen. Die Studenten haben vom Heiligen Vater Lebensmittel bekommen und genommen, und heute geben sie zwecks Sammlungen in die katholischen Pfarrdörfer hinaus. Doch dabei zu gleicher Zeit in der Universität eine heftige Sprache geführt wird gegen den Papst, das wird Schmach und Schande bleiben für alle Zeiten.“

## Mittelstandsanalysen und Erwerbslose.

Der bisherige Leiter der Reichswasserstraßenverwaltung, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Dr. Kirchstein, ist in den einseitigen Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger hat der Reichspräsident den Ministerialdirektor vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Krohne, ernannt. Bei der Einführung hob Reichsverkehrsminister Oser hervor, daß als wichtigste, namentlich mit allen Mitteln zu lösende Aufgabe die Förderung und Vorkämpfung des Hauses des Mittelstandes zu betrachten sei. Minister Oser deutete auch dabei die vielen Arbeitsmöglichkeiten an, die sich aus der Verwirklichung des Bauplanes zur Entlastung der Erwerbslosenfrage ergeben lassen.

## Anzeigepflicht für Nebeneinkommen der Pensionäre.

Nach der Personalabbaupverordnung vom 27. Oktober 1923 ist jeder Versorgungsberechtigte, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienste verwendet wird und neben seinen sonstigen Versorgungsgebräuchen ein weiteres steuerbares Einkommen bezieht, bei Verlust seiner Versorgungsbezüge verpflichtet, der Versorgungsbehörde oder Rasse bis Ende November dieses Jahres die Höhe dieses weiteren Einkommens anzugeben.

## Vertreibung der Sonderbändler aus der Eifel.

Im mittleren Moselgebiet machte die Bevölkerung an verschiedenen Stellen der Sonderbändlerherrschaft ein schnelles Ende. So wurde vor allem Wittlich gesäubert, wo die Einwohner gegen die von den Sonderbändlern besetzten Gebäude vorgingen. Da die Sonderbändler freiwillig nicht abziehen wollten, kam es zu einem Zusammenstoß, der einige Opfer forderte. Auf Seiten der Einheimischen wurde ein Bauernsohn getötet. Auch in Zell hat die Bevölkerung im Verein mit Bauern aus der Nachbarschaft die Sonderbändler vertrieben.

## Abkommen mit der Badischen Anilinfabrik.

Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Direktion der Ausfuhrbewilligungsstelle der Besatzungsbehörden mit der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik ein vorläufiges Abkommen zwecks Lieferung von Stickstoffdünger getroffen. Die Direktion hat ferner ein Abkommen mit der Solinger Industrie getroffen. Die Bedingungen sind die gleichen, wie die der bisherigen Abkommen mit deutschen Industriefirmen.

## Nordamerika.

Unterstützungsfonds für die deutschen Gewerkschaften. Der amerikanische Gewerkschaftsbund beschloß, seine drei Millionen Mitglieder zu Beiträgen für die Bildung eines Unterstützungsfonds für die verarmten deutschen Gewerkschaften aufzufordern, die nach der Auffassung der amerikanischen Gewerkschaften das einzige Bollwerk Deutschlands gegen Bolschewismus und Monarchismus seien. Der Betrag des zu bildenden Hilfsfonds wird nicht genannt. Es heißt jedoch, daß es sich um eine bedeutende Summe handelt.

## Aus In- und Ausland.

Berlin. Das Berliner Volksprekribium machte Mitteilungen über einen geplanten kommunistischen Vorstoß gegen das Regierungsviertel und traf entsprechende Sicherheitsmaßnahmen.

München. Der Wiesbacher Anzeiger, das Organ der Bayerischen Verbände, weiß zu melden, daß Hitler zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes der Heil- und Pflegeanstalt Galling überwiesen worden sei.

Düsseldorf. In Bonn begannen neue Verhandlungen zwischen französisch-belgischen Interessenten und deutschen Vertretern über die Gründung einer rheinischen Emissionbank.

Paris. Da der englische Delegierte der Reparationskommission sich in London befindet, konnte die Kommission die Erörterung über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht abhalten.

Paris. Nach einer Meldung aus Genf hat Italien der Schweiz den Hafen Lado, 8 Kilometer westlich von Savona, als Freihafen angeboten. Bei Durchführung des Projektes würde der schweizerische Ausfuhrhandel, der zurzeit den Weg über französische Seehäfen nimmt, auf italienische Plätze abgeleitet werden.

Warschau. Im Ministerium des Auswärtigen wurde der polnisch-englische Handelsvertrag unterzeichnet.

Moskau. Eine von Komissarka zurückgeleitete Expedition hat über die Entdeckung reichhaltiger Kohlequellen von ungewöhnlicher Qualität berichtet.

## Phasen der Regierungskrise.

Nach Albert und Jarres Stegerwald Kandidat.  
a Berlin, 27. November.  
Auch heute ist es bis zur Abendstunde noch nicht gelungen, die nunmehr fast bedauernd werdende Frage

nach dem Nachfolger Stresemanns zu beantworten. Dieser hat bekanntlich vor einiger Zeit verkündigt, nach ihm werde es keine parlamentarische Regierung mehr geben und der Reichspräsident schien aus dieser Prophezeiung die Folgerung zu ziehen, als er den früheren Schatzminister aus dem Kabinett Cuno, Dr. Albert, mit der Zusammenstellung eines Ministeriums beauftragte. Doch da erhob sich plötzlich aus den schon so vielfach als vollständig unfruchtbar bezeichneten Parteien der Gegenwind. Dr. Albert fand nirgendwo Neigung, selbst nicht bei der Sozialdemokratie, der er nicht ohne Sympathie gegenüberstehen soll, er brachte keine Ministerliste zustande und gab den Auftrag an den Reichspräsidenten mit einem Schreiben zurück, in dem er sagte, seine Hoffnung auf Erfolg hätte sich infolge parteipolitischer Schwierigkeiten nicht erfüllt.

Innerhalb der Parteien hatte sich aber eine beachtenswerte Wankung vollzogen — ein Bürgerblock, bestehend aus Deutschnationalen, Volkspartei und Zentrum, trat auf den Plan und hob die Idee einer reinen bürgerlichen Regierung hoch, wobei die Deutschnationalen dem Zentrumsvorhaben zulebte einige ihrer bisherigen Programmpunkte anzugeben oder doch zurückzustellen bereit gewesen sein sollen; d. h. sie sollten verzichten auf die Forderung, den Verfall der Verfassung nicht zu erklären und ferner auf den Plan, die in Preußen bestehende große Koalition (einschließlich der Sozialdemokratie) anzulassen. Damit sollen sie einverstanden gewesen sein und bereits rühte der Bannerträger dieser Kombination mit Herrn Dr. Jarres, dem früheren Duisburger Oberbürgermeister, als Kanzlerkandidat in unmittelfarbiger Erscheinung. Nebenher erscholl heftiges Kanonener aus der Presse gegen den Reichspräsidenten Cuno, der mit dem Unterlassen einer Anfrage bei den Deutschnationalen nach der Geneigtheit zur Kabinettsbildung den verfassungsmäßig und parlamentarisch gewiesenen Weg verlassen habe und mit seiner Wendung zu dem sozialistischen Dr. Albert den Begriff der vollständigen Überparteilichkeit eines Reichspräsidenten gefährdet habe. Denn die Deutschnationalen als die zweitstärkste Stresemann stürzende Partei seien naturgemäß zur Nachfolge mindestens berufen gewesen, falls die Sozialdemokratie als stärkste Kanzlerkandidatin nicht in Betracht komme oder nicht wolle.

Jedenfalls war auch diese Frage noch nicht geklärt, als schon wieder das Kaleidoskop sich drehte. Dr. Jarres in den Hintergrund rückte und Stegerwald, der rechtsstehende Zentrumsmann, Führer der christlichen Gewerkschaften und früher schon Ministerpräsident in Preußen, als Anwärter auf den Kanzlerstuhl hervortrat. Jarres soll gefallen sein wegen des Einspruchs des Zentrums gegen seine Rheinlandpolitik, die bekanntlich mit der zeitweiligen Abtrennung der Rheinlande unter einem selbständigen Direktorium identifiziert wird.

Abseits blieben während der ganzen Zeit die immerhin über 40 Mandate verfügenden Demokraten, die sich zum Eintritt in den Bürgerblock anscheinend schwer entschließen können. Sie sollen selbst zu einer wohlwollenden Neutralität gegen ein auf die geschilderte Art zustande gekommenes bürgerliches Kabinett nur zu haben sein, wenn die Deutschnationalen sich zunächst zu einer Reihe von Forderungen verpflichten, als da sind: Anerkennung der Weimarer Verfassung und dadurch der republikanischen Staatsform, Aufgabe aller Pläne, die eine Gefährdung der Reichsouveränität über Rhein und Ruhr bedeuten, Verzicht auf Nichtigkeitsklärung des Versailler Vertrages. Die Demokraten haben mit ihren 40 Stimmen keine ausschlaggebende Stellung, sie würden sie aber unter Umständen gewinnen gegenüber einem Kabinett, das auf sie angewiesen wäre bei der Opposition der gesamten sozialdemokratischen und extremradikalen Linken. Die Mehrheitsverhältnisse könnten dann mit den 40 Demokraten nach rechts oder links wahrscheinlich sehr leicht entschieden werden.

So war der Stand heute abend — ob wir morgen endlich den neuen Kanzler sehen werden, hängt vom Ausgang der zurzeit noch eifrig betriebenen Ausgleichsverhandlungen zwischen den verschiedenen Kräften ab.

## Neuer Kandidat Abg. Leicht.

Für den Reichskanzlerposten wird in letzter Stunde auch der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Leicht-Bamberg, genannt. Diese Kandidatur würde zu einer leichteren Lösung der bayerischen Frage sicherlich beitragen können.

## Abtrennung der Rheinlande?

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Der Plan einer Direktorialregierung für das besetzte Gebiet geht zurück auf jene Tage, da der frühere Reichskanzler Dr. Stresemann in Hagen eine bedeutsame politische Rede hielt und darin den festen Willen der Regierung zum Ausdruck brachte, niemals in eine Änderung der staatsrechtlichen Stellung dieses Gebietes zum Deutschen Reich einzuwilligen. Gleichzeitig skizzierte aber durch, daß sich zugleich ein Fünfkörper-Ausschuß gebildet hatte, dem die Vertreter vor allem der politischen Parteien und der Gewerkschaften des besetzten Gebietes angehörten. Auch sprach man schon damals davon, daß sich aus diesem Ausschuss heraus eine Art Direktorium bilden sollte, und man nannte hierfür besonders die Namen des Kölner Oberbürgermeisters und preussischen Staatsrat Dr. Adenauer, des bekannten Kölner Bankiers Louis Hagen, des Vorsitzenden der Zentrumspartei Dr. Marx, des demokratischen Reichstagsabgeordneten Erlesenz und einige andere. Es ergab sich die eigentümliche Situation, daß die Sozialdemokratie diesen Plänen einer staatsrechtlichen Sonderstellung des besetzten Gebietes hart ablehnen gegenüberstand und sich hierbei im Fünfkörperausschuß mit den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei zusammenfand.

Seitdem hat dieser Fünfkörper-Ausschuß in seiner Mehrheit die Verhandlungen mit dem Präsidenten der Rheinlandskommission Tirard fortgesetzt und die Regierung Stresemanns hat nach anfänglichem Widerstreben diese Verhandlungen über die Änderung der staatsrechtlichen Stellung jenes Gebietes zu Deutschland gebilligt. Schließlich hat man der Rheinlandskommission bestimmte Vorschläge über die Selbstverwaltung und die Direktorialregierung im Rheinland und dem rechtsrheinischen besetzten Gebiete gemacht, die der Abg. Erlesenz auf dem Vertretertag der demokratischen Partei in Elberfeld veröffentlichte.

Dabei ist charakteristisch, daß, wie er mittelste, die Anregung zur Gründung eines Rheinlandes im Verbands des Deutschen Reiches von dem Präsidenten der Rhein-

landskommission, dem Franzosen Tirard, ausgegangen ist und zweitens, daß das Direktorium das Recht und die Pflicht habe, alle Maßnahmen zu treffen, die ein souveräner Staat in seinem Gebiet treffen kann, daß gewisse Maßnahmen die Souveränität des Reiches und der Länder auf das Direktorium übertragen werden solle. Das heißt doch wohl, daß diese Souveränität faktisch auf Frankreich übergeht; denn Frankreich hat im besetzten Gebiete die Macht. Und wie es diese ausübt, haben wir an dem Wirken der Rheinlandskommission selbst gesehen, das darin geführt hat, daß Deutschland auch schon vor dem Einbruch in das Ruhrgebiet in dem damals besetzten Gebiet verwaltungsmäßig nichts mehr zu sagen hatte. Dieser Zustand soll nun auf das gesamte besetzte Gebiet und zwar von Rechts wegen ausgedehnt werden; das Direktorium würde die Puppe in diesem Spiel sein. Wenn man diesen Vorschlag mit der Vorzusage zu begründen versuchte, die Franzosen würden andernfalls die westfälischen, rheinischen, hessischen und bayerischen Teile abgeben in andere Hände, so kann diese Art der Begründung nicht stichhalten. Wenn man so wenig Zutrauen zu dem deutschen, unbedingt antifranzösisch einwirkenden Charakter jenes Gebietes hat, daß man glaubt, wie unter dem Druck der Franzosen lebenden Einwohner würden Lust und Zeit zu Stammeausdeinerseetzungen haben, dann allerdings würde der Widerstand geschwächt erscheinen gegenüber dem Schnitt, der jenes Gebiet von Deutschland trennen soll. Wirtschaftlich ist es ja durch die Abmachung des eben zustande gekommenen Vertrages schon geschehen; aber die Urheberschaft des politischen Sondervorganges sollte doch zu denken geben; jedenfalls sind die Stimmen, die sich gegen die Notwendigkeit einer solchen politischen Sonderstellung aussprechen, gewichtig genug, um zu mindesten Entschlüsse der neuen Reichsregierung nicht vorzugreifen. Und zu denken geben soll doch auch, daß Herr Tirard nicht einmal mit den bekanntgewordenen Vorschlägen einverstanden ist, sondern mehr verlangt.

Wer den Franzosen den Finger reicht, dem nehmen sie die ganze Hand.

## Nicht Polizei-, sondern Parteischule.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei hat in den letzten Tagen — so berichten die „Dresdner Nachrichten“ — in einer Veröffentlichung in Abrede gestellt, daß bisher für die Annahme der Polizeianwärter politische Gesichtspunkte maßgebend seien. Abgesehen von einer Reihe von Schimpfreden gegen die betreffenden Zeitungen, die diese Tatsache feststellten, lag die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wörtlich: „Die Behauptungen sind von Anfang bis Ende unzutreffend. Die Polizeianwärter werden lediglich geprüft auf ihre geistige Eignung für die Polizei. Nach ihrer politischen Gesinnung wird überhaupt nicht gefragt. Die Regierungskommissare haben nicht das geringste mit der Einstellung der Polizeianwärter zu tun.“ Demgegenüber veröffentlichten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Material von „absolut einwandfreier Seite“, dem wir folgende Tatsachen entnehmen:

„In der Nachrichtenstelle nicht bekannt, daß seit dem 26. Juli 1923 eine besondere politische Erörterung über die Bewerber stattgefunden hat und erst am 17. November 1923, 9,30 Uhr, wieder eingestellt worden ist? Kennt die Regierung nicht das Formular 7 A, das vor der Einstellung der Bewerber von der Parteischule an die Bezirksstellen ging, die mit den Regierungskommissaren identisch sind? Weiß sie nicht, daß diese Formulare, in denen die Regierungskommissare „um eine Auskunft ersucht werden“, ob die Einstellung der Bewerber nach ihren politischen Einstellungen unbedenklich erscheint, nach Ausfüllung durch die Regierungskommissare an die Staatspolizeiverwaltung gingen und auf Grund dieser politischen Auskünfte die endgültige Entscheidung über die Einstellung erfolgte? Weiß sie nicht, daß bloßes „nicht befürwortet“ ohne nähere Angabe von Gründen seitens der Regierungskommissare genügt, um die Bewerber abzuweisen? Wie verfahren wurde, dafür nur einige Beispiele:

„Einstellung des . . . kann aus politischen Gründen nicht empfohlen werden, sein Zeugnis ist sonst gut“, oder: „Einstellung des . . . kann nicht befürwortet werden, da er in politischer Hinsicht nicht einwandfrei ist; der Vater steht der Deutschen Volkspartei nahe“, oder: „Die angefertigten Ermittlungen haben ergeben, daß der . . . weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert ist. Eine Einstellung wird von hier aus nicht als erwünscht betrachtet, oder: „Der . . . ist gewerkschaftlich und politisch nicht organisiert. Sein Vater ist Amtsgerichtsdienster in . . . und Vorsitzender des dortigen Militärvereins.“ — Diese Auskünfte der politischen Regierungskommissare genügen, die sonst völlig geeigneten Bewerber ohne nähere Rückfragen abzulehnen. In einem andern Falle genügt die Tatsache, daß der Bewerber nicht gewerkschaftlich organisiert war und „demzufolge keine Gewähr für verfassungstreue Gesinnung hat“.

Diese Blütenlese aus der Fülle des zur Verfügung stehenden Materials mag einseitig genügen. Die Erörterungen bei der Einstellung waren, so wie sie anfangs gedacht waren, wohl vertretbar, sie haben sich aber durch das Verhalten der Regierungskommissare ganz anders, als beabsichtigt war, und zwar rein parteipolitisch ausgewirkt.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wendet sich weiter gegen die Begründung der jetzigen Umbildung der Polizei mit der Notwendigkeit, die sächsische Staatspolizei auf eine überparteiliche Grundlage zu stellen. Jetzt es von überparteilicher Grundlage, wenn in der Landespolizeischule bereits Mitgliedsbänder der Sozialdemokratischen Partei verteilt werden, wenn Beiträge auch von Nichtmitgliedern der Sozialdemokratischen Partei für den sozialdemokratischen Wahlfonds anlässlich der Reichner Stadtverordnetenwahlen in den Hörsälen des Sächsischen Polizeibeamtenverbandes gesammelt werden? Kann man von einer überparteilichen Polizei reden, wenn ihre Beamten in großer Zahl ohne innere Überzeugung der Sozialdemokratie beitreten, „um nicht durch das Tor wandern zu müssen“, oder „weil man ja mit den Wölfen heulen muß“, oder „weil es für das Fortkommen besser sei“ usw., was die zahlreichen Aussagen Beteiligten beweisen? Steht eine Parteischule auf überparteilicher Grundlage, in der das Motto gebraucht wird: „Wer nicht spinnst, der fliegt“, und: „Die Parteischule ist keine Polizei, sondern eine Parteischule“. Kann man von überparteilicher Grundlage sprechen, wenn auf der Parteischule, ohne daß eingegriffen wird, der Anspruch vorberichtet: „Die Regierung Cuno muß an die Wand gestellt werden und abgegargelt werden.“

Da sich diese Darstellungen der „L. N. N.“ angeblich auf absolut einwandfreies Material stützen, muß man einerseits auf die Erwiderung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei gespannt sein, andererseits wird durch sie die Notwendigkeit der Säuberung des Polizeipersonals, wie sie der Militärdisziplinarabteilung durchzuführen, schlagend dargetan.